

## Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

**Sitzungstermin:** Freitag, 30.09.2022  
**Beginn der Sitzung:** 14:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 15:44 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Renken, Bernd

**SPD-Fraktion**  
Hemken, Harald  
Stomberg, Holger  
Strelow, Gregor  
Winter, Maria

**CDU-Fraktion**  
Hegewald, Reinhard  
Verlee, Gerold

**Gruppe GRÜNE feat. Urmel**  
Borchers, Sebastian

**FDP-Fraktion**  
Bolinus, Erich

**GfE-Fraktion**  
Martens, Michael

**Gruppe DIE FRAKTION**  
Luitjens, Stefan

**Verwaltungsvorstand**  
Jahnke, Horst

**von der Verwaltung**  
Jakobs, Stefan  
Sommer, Michael

**Protokollführung**  
Jetses, Karin

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Renken** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.06.2022

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.06.2022 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2023; Vorlage: 18/0493

**Herr Jahnke** erläutert anhand einer Präsentation ausführlich das Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2023. Die Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Renken** erläutert, es werde zurzeit behauptet, dass sich bei der Umsatzsteuer durch die hohe Inflationsrate die staatlichen Institutionen besserstellen. Er fragt, inwieweit dies bei der Haushaltsplanung berücksichtigt worden sei. **Herr Jahnke** verweist auf die statistischen Vorgaben für die Berechnung des Gemeindeanteils an der Einkommens- und Umsatzsteuer. Die neuesten Statistiken seien daher bereits mit eingearbeitet worden. **Herr Jakobs** ergänzt, der letzte Stand sei von Mai 2022.

**Herr Jahnke** fährt fort, wenn man sich den Gesamtbetrag der Steuern anschauere, der in die Haushalte eingestellt worden sei, könne man feststellen, dass dies ein sehr hoher Betrag sei. Ob dieser wirklich erreichbar sei, bleibe abzuwarten.

**Herr Hemken** erkundigt sich nach der Betriebsprüfung des VW-Werkes. **Herr Jahnke** antwortet, die Jahre 2007 – 2010 seien lt. Auskunft des Hauptsteuerzahlers unmittelbar vor der Fertigstellung. **Herr Hemken** meint, die aktuellen Betriebsprüfungen werde dieser Rat wohl nicht mehr erleben. **Herr Jahnke** pflichtet dem bei. Anschließend fährt er mit der Erläuterung des Kommunalen Finanzausgleichs (ab Seite 10 der Präsentation) fort. **Herr Strelow** fragt, ob es sich bei den aufgeführten Steuern um geschätzte Zahlen handele. **Herr Jakobs** erläutert, wie diese kalkuliert würden:

Zunächst werde geprüft, welche Steuerkraft bzw. Verteilungsmasse im Jahr 2022 vorhanden gewesen sei. Anhand der eigenen Steuerkraftentwicklung würden dann die zu erwartenden Steuern

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

berechnet. Eine andere Möglichkeit für die Steuerberechnung habe die Verwaltung nicht, da sie nicht die anderen Kommunen und deren Entwicklung der Soziallasten und der Verteilungsmasse kenne.

Die Wahrscheinlichkeit, dass der Anteil des Finanzausgleiches massiv „nach unten ginge“, hätte man in einer ähnlichen Form schon einmal in den Jahren 2012 und 2014 erlebt. Seinerzeit hätte die Stadt Emden aufgrund der starken Steuerkraft auch in den Finanzausgleich eingezahlt. Das Gleiche werde der Stadt Emden in 2024 auf Grund der besonders hohen Gewerbesteuererwartung in 2023 erneut widerfahren. Dies wirke sich aber nur bei den Gemeinde- und Kreisaufgaben aus. Der übertragene Wirkungskreis sei davon kaum betroffen.

Bei der Einkommens- und Umsatzsteuer gehe man davon aus, dass die Einkommenssteuer niedriger ausfallen könne, wenn es künftig Steuervorteile für die BürgerInnen gäbe, die sich auf die Einkommenssteuer auswirkten. Bei der Umsatzsteuer gehe die Stadt – mit Stand von heute - von einem leicht positiven Trend aus. **Herr Jahnke** ergänzt, er glaube nicht daran, dass das Land in den nächsten Jahren die Finanzausgleichsmasse kräftig erhöhen werde. Anschließend fährt er in der Präsentation mit den ordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt (Seite 11 der Präsentation) fort.

**Herr Bolinius** fragt, um wieviel Prozent die Personalkosten angestiegen seien. **Herr Jahnke** antwortet, in den Haushalt würden hierfür immer 2 ½ % eingestellt. Ob die Verwaltung bei den Tarifierpassungen richtig liege, bleibe abzuwarten.

**Herr Strelow** möchte wissen, warum der Sachaufwand von 2022 bis 2023 um fast 11 Mio. € und der Transferaufwand um ca. 9 Mio. € angestiegen sei. **Herr Jahnke** sagt eine Antwort hierauf im Laufe der Sitzung zu. Anschließend fährt er mit der Vorstellung der o. g. Präsentation (Seite 12 „Vergleich Personal 2022 und 2023“) fort.

**Frau Winter** erkundigt sich, warum die MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde gleich in A 11 eingestuft würden. Ihres Erachtens sei dies eine ziemlich hohe Eingruppierung. **Herr Jahnke** antwortet, seines Erachtens sei die Stadt gut beraten, die Eingruppierungen des Personals für die Ausländerbehörde etwas höher anzusetzen. Er weist darauf hin, dass in der Regel aufgrund des Aufgabengebietes auf Stellenausschreibungen für die Ausländerbehörde relativ wenige interne Bewerbungen eingingen. Er erinnert daran, dass die Stadt Emden nicht nur die Flüchtlinge aus der Ukraine betreue, sondern auch vermehrt Flüchtlinge, die über Spanien und Frankreich nach Deutschland eingereist seien. Mittlerweile habe der FD Personal Überlastungsanzeigen von allen MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde vorliegen.

**Herr Verlee** fragt, warum die Stadt Zuwanderungen aus Spanien und Frankreich habe. **Herr Jahnke** antwortet, aufgrund der Sozialsysteme in Deutschland sei es für diese Menschen attraktiver, nach Deutschland zu kommen. **Herr Hegewald** möchte wissen, ob die Stadt Emden bei einer so großen Anzahl an Zuwanderern nicht langsam mit ihrer Einwohnerzahl auch vorankomme (oder würden diese Personen bei der Einwohnerstatistik als Emder nicht mitzählen). **Herr Jahnke** antwortet, wenn diese Personen einen festen Wohnsitz in Emden hätten, würden sie zu der Einwohnerzahl Emdens dazugezählt. Für Personen, die in größeren Unterkünften (wie z. B. der Nordseehalle) untergebracht seien, gelte dies nicht.

**Herr Sommer** weist darauf hin, dass das Land die Flüchtlinge auf alle Kommunen Niedersachsens verteile. Wenn in der Stadt Emden die Flüchtlingszahlen steigen würden, würden auch die Einwohnerzahlen in anderen Kommunen steigen. Es sei daher kein Vorteil hiermit verbunden. **Herr Jahnke** meint, letztendlich werde die Einwohnerzahl etwas steigen, aber andererseits habe die Stadt auch eigene Anteile der Soziallasten für die Flüchtlinge zu tragen.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

**Herr Bolinius** fragt, ob der CDU-Politiker Merz Recht habe, dass hiermit auch Missbrauch betrieben werde, in dem die Ukrainer zum Teil sowohl in der Ukraine als auch in Deutschland Sozialleistungen bekämen. **Herr Jahnke** antwortet, dies gäbe es vereinzelt sicherlich. Bei den Emdener Flüchtlingen sei dies im größeren Stil bisher nicht festgestellt worden.

Anschließend nimmt er Stellung zu der von Herrn Strelow gestellten Frage bezüglich des Anstiegs der Kosten für den Sach- und Transferaufwand.

**Herr Strelow** verweist auf die gravierenden Auswirkungen des Ukraine-Krieges. Er fragt, mit welcher Kostenrückerstattung des Bundes oder des Landes die Verwaltung rechne. **Herr Jahnke** hofft, dass die Stadt Emden 2/3 der Kosten als Erträge erwirtschaften könne. Er weist darauf hin, dass die Stadt Emden bisher ca. 30 % der Kosten der Unterkunft getragen habe. Teilweise seien diese Kosten vom Bund im Rahmen der letzten Flüchtlingskreise über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sogar in Gänze übernommen worden.

**Herr Verlee** fragt, wie das Verhältnis der Kosten einer Unterkunft in der Nordseehalle pro Flüchtling im Verhältnis zu einer angemieteten Wohnung sei. Seines Erachtens müsste eine Unterkunft in der Nordseehalle kostengünstiger sein. In dem Fall sollte der Staat eine Vollbezahlung der Flüchtlingskosten in der Nordseehalle übernehmen. **Herr Jahnke** erwidert, bis zum 30.05.2022 hätte die Verwaltung ca. 11 T€ jährlich pro Flüchtling erhalten. Seit dem 01.06.2022 seien die Flüchtlinge im SGB II-Bezug. Logistisch sei eine Sammelunterkunft, in der 300 – 350 Menschen untergebracht würden, einfacher zu betreuen, als wenn diese Personen in Wohnungen untergebracht werden müssten. Auf der anderen Seite müsse man sich auch fragen, wie lange es Menschen zumutbar sei, in einer Halle zu wohnen. **Herr Hemken** erklärt, die Unterbringung in der Nordseehalle könne nur vorübergehend sein, auch wenn dies günstiger sei.

**Herr Jahnke** ergänzt, eine Sammelunterkunft könne nur eine temporäre Unterbringung sein. Welche sozialen Folgen diese nach sich ziehen werde, sei noch gar nicht absehbar. Er möchte aber darauf hinweisen, dass die Verwaltung zurzeit keine andere Möglichkeit habe, die Flüchtlinge anders unterzubringen. Diese Probleme hätten übrigens zurzeit alle Landkreise und kreisfreien Städte Niedersachsens. Sie kämen alle bezüglich der Aufnahmefähigkeit an ihre Grenzen.

**Herr Bolinius** erklärt, aufgrund der Unterbringung der Ukraine-Flüchtlinge in der Nordseehalle müssten viele gebuchte Veranstaltungen abgesagt werden. Er fragt, ob diese Kosten erstattet würden. **Herr Jahnke** verweist auf die Ausführungen hierzu im letzten Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung. Er schlägt vor, dass Frau Rogge-Mönchmeyer eine Liste erstelle, in der aufgeführt werde, für welche Künstler die Gagen lt. Vertrag teilweise oder ganz übernommen werden müssten. **Herr Hemken** glaubt nicht, dass die Landesregierung diese Kosten pauschal erstatte. Sie könnte die Stadt Emden z. B. darauf hinweisen, dass eine Unterbringung in einer Turnhalle günstiger gewesen wäre als in der Nordseehalle. Er möchte aber noch betonen, dass es für die Kinder aufgrund der Einschränkungen während der Corona-Pandemie wichtig sei, dass jetzt der normale Schulunterricht wieder durchgeführt werden könne.

**Herr Renken** weist darauf hin, dass eine gründliche Abwägung in der Frage „Turnhalle oder Nordseehalle“ stattgefunden habe. Auch die kostenmäßige Seite sei betrachtet worden, so dass er denke, dass in diesem Fachausschuss nicht Diskussionen wiederholt werden müssten, die an anderer Stelle bereits stattgefunden hätten und worüber entschieden worden sei. **Herr Jahnke** gibt Herrn Renken Recht. Die Nordseehalle sei unter den Möglichkeiten, die vorgestellt worden seien, die beste Lösung gewesen, die gemeinsam getroffen worden sei.

**Herr Strelow** erklärt, der Betrieb Kulturevents sollte im Haushalt darstellen, welche Veranstaltungen ausfielen und für welche Kosten entständen.

**Herr Verlee** fragt, ob es bei einem Anhalten der Ukraine-Krise möglich sei, ca. 350 Wohnungen für die Flüchtlinge zu bauen. **Herr Jahnke** verneint diese Frage. Die Verwaltung erhoffe sich aber

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

ab dem Jahre 2024 eine verbesserte Lage. Die Ministerien gingen sogar davon aus, dass es schon ab dem Jahre 2023 zu keinen großartigen weiteren Steigerungen mehr kommen werde und teilweise Flüchtlinge in die Ukraine zurückkehrten. Ob dies wirklich so passiere, bleibe abzuwarten. Anschließend fährt Herr Jahnke in seiner Präsentation fort.

**Herr Hemken** fragt zu Seite 26 „Defizitausgleiche an das Klinikum Emden Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH“, ob die Aufteilung der Schulden Auswirkungen auf die Abstimmungen haben werde. **Herr Jahnke** verneint dies. Die Anteile befänden sich weiterhin in der Trägergesellschaft: 50 % Stadt Emden und 50 % LK Aurich.

Dies sei dem Umstand geschuldet, dass die UEK zwei Krankenhäuser (in Aurich und in Norden) unterhalte. Insofern sei dort die Verlustsituation noch etwas höher als bei der Stadt Emden. Die Gutachter hätten gesagt, wenn jetzt der Change-Prozess nicht ordnungsgemäß über die nächsten fünf bis sechs Jahre durchgeführt werde, werde man nicht geordnet in der Zentralklinik ankommen. Dies setze voraus, dass man Bereiche anstatt im Emden Klinikum nur noch in der UEK in Aurich vorhalte oder umgekehrt. Außerdem müsste eine Entscheidung getroffen werden, wie man zukünftig mit dem Klinikum in Norden umgehen möchte.

Anschließend geht er näher auf die im aktuellen Ergebnishaushalt enthaltenen Fördermittel ein (Seite 28 – 35). **Herr Hemken** bemerkt, die Förderung diene als Anreiz, um eine Verstetigung herbeizuführen und um der Verwaltung klarzumachen, dass es sich um interessante Maßnahmen handle. Sonst würden diesen Maßnahmen gar nicht gefördert. **Herr Jahnke** pflichtet dem bei. Auf der anderen Seite sei dies ein zentrales Thema für den zwingend notwendigen Workshop, bei dem man sich darüber einigen sollte, wo die Prioritäten von Rat und Verwaltung lägen. Man könnte auch gezielt mit dem Zentralen Förderbüro, welches eingerichtet worden sei, prüfen, welches Förderprogramm auf die gemeinsam vereinbarten Ziele einzahle und welches nicht.

**Herr Renken** meint, wenn man in Projektförderungen einsteige, sollte man gleichzeitig daran denken, was am Ende dabei herauskomme. Dies werde oftmals eher weniger gemacht, weil vieles erst einmal als sehr gut und nützlich gesehen werde, aber die Tragfähigkeit auf Dauer in vielen Fällen bisher keine große Rolle gespielt habe. **Herr Strelow** gibt Herrn Renken Recht. Dies sei häufig nicht hinterfragt worden. Stattdessen hätte der Rat sich auf die Urteile der Verwaltung verlassen. Im Rahmen des Strategieworkshops und der weiteren Haushaltsberatungen sei es auch wichtig zu hinterfragen, wie eine mögliche Verstetigung aussehe und ob die Verwaltung sich diese leisten könne. Es sollte daher überlegt werden, nach welchen Parametern eine Maßnahme bewertet werden sollte. **Herr Jahnke** meint, dies sei manchmal schwierig. Er geht anhand von zwei Beispielen (Streetworker im Stadtteil Port Arthur/Transvaal und Flüchtlings-Sozialarbeit) näher auf die Problematik ein.

**Herr Bolinius** erklärt, in der Vergangenheit seien immer Menschen über ein Förderprogramm eingestellt worden. Diese seien, wenn sie gute Arbeit geleistet hätten, fast immer – als zusätzliches Personal – von der Stadt Emden übernommen worden. Hier sollte die Stadt Emden zukünftig vorsichtig sein: wenn eine Förderung beantragt worden sei, sollte zunächst überprüft werden, wie es sich letzten Endes auswirken werde, wenn die Förderung auslaufe. **Herr Jahnke** verweist auf die Zuständigkeit des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation für solche Themen. **Herr Hegewald** meint, Rat und Verwaltung sollten den Mut haben zu sagen, dass die Stelle von vornherein befristet gewesen sei.

Anschließend fährt **Herr Jahnke** in der Präsentation ab Seite 36 „Gegenüberstellung Ergebnis- und Finanzhaushalt“ fort. Er geht näher auf die Risiken und Chancen für die Stadt Emden ein.

**Herr Stomberg** verweist auf die Arbeitslosenquote und die zahlreichen freien Stellen Emdens. Er fragt, ob über eine Integration dieser Menschen die Betriebe mit MitarbeiterInnen bedient werden könnten. **Herr Jahnke** bejaht diese Frage. Durch Zuwanderungen ergäben sich auch Chancen für Menschen, die

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

sich in Emden endgültig niederlassen würden. Sie könnten die deutsche Sprache erlernen und die notwendige Ausbildung absolvieren. Hierdurch könnten auch Stellen mit dringend benötigten Fachkräften wiederbesetzt werden. Bei den Ukraine-Flüchtlings könne man allerdings davon ausgehen, dass viele der Menschen, die momentan nach Emden kämen, auch wieder in ihre Heimat zurückkehren möchten.

Auf Anfrage von **Herrn Verlee** bezüglich des Verkaufs der Grundstücke „Conrebbersweg“ erwidert **Herr Jahnke**, seines Wissens solle die Abnahme der Grundstücke relativ gut laufen. Wann die Grundstücke bebaut würden, müsste aufgrund der zurzeit sehr hohen Baukosten abgewartet werden.

**Herr Hemken** nimmt Bezug auf die Zuschüsse für die Kunstrasenplätze des SF Larrelt und Borssum. **Herr Renken** bittet Herrn Hemken abzuwarten, bis das Thema am 12.10.2022 im Sportausschuss behandelt werde. **Herr Jahnke** pflichtet dem bei. Man sollte auch darüber nachdenken, ob Kunstrasenplätze noch die zeitgemäße Lösung seien oder ob man eher über eine Hybridlösung o. ä. nachdenken sollte. Zu prüfen seien auch die Erfordernisse, die politischen Wünsche und die des Stadtsporthundes und der Sportentwicklungsplanung. Am Ende müsse der Rat darüber entscheiden, wie insgesamt mit der Sportsituation in Emden umgegangen werden sollte. Danach fährt er in seiner Präsentation (ab Seite 45) fort.

**Herr Verlee** nimmt Bezug auf das Thema „Kita-Ausstattung und Spielplätze“. Er erklärt, es würde immer wieder von Aus- oder Neubauten gesprochen. Man hätte sich aber auch „auf die Fahne geschrieben“, den Bestand aufzubessern. Man wüsste durchaus, dass einige Gebäude sanierungsbedürftig seien. Jetzt sehe er hier sinkende Zahlen. Er fragt, ob dies nicht mitberücksichtigt worden sei und ob es bei dem Ansatz in Höhe von 140.000 € nur um die Ausstattung der Spielplätze der Kitas oder auch um die Kitas selber ginge. **Herr Jahnke** antwortet, diese Summe beinhalte die Ausstattung von Spielplätzen und Kitas. Dies sei ein fortlaufender Ansatz, der auf Wunsch des Rates mal aufgenommen worden sei (z. B. für Reparaturen oder die Anschaffung kleinerer Spielgeräte).

**Herr Bolinius** erinnert daran, dass der nicht mehr zeitgemäße Kindergarten in Petkum zurzeit in einer Lehrerwohnung aus den 60er-Jahren untergebracht sei. Die FDP-Fraktion hätte einen Antrag gestellt für einen Neubau. Jetzt sei gesagt worden, dass der Stadtteil Borssum den größten Kita-Bedarf habe. **Herr Jahnke** verweist auf den letzten Jugendhilfeausschuss. In der Sitzung sei von der Verwaltung zu sämtlichen Kita-Anträgen Stellung genommen worden.

Die Verwaltung habe ganz klar gesagt, dass aktuell noch 100 Kita-Plätze fehlten. Die Priorität sollte daher bei der Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze liegen. Erst danach werde die Verwaltung sich – prioritär nach der Bausubstanz - mit den Bestandsbauten beschäftigen.

Den größten Bedarf an fehlenden Kita-Plätzen habe der Stadtteil Borssum. Deswegen schlage er auch vor, in diesem Stadtteil nach einem weiteren Standort zu suchen und zu überlegen, ob man dort eine weitere Einrichtung baue. Hiermit sei im Rahmen der Haushaltsberatungen umzugehen. **Herr Hemken** erwidert, grundsätzlich gebe er Herrn Jahnke Recht. Aber wenn ein Objekt abgängig sei und brand-schutztechnisch Probleme habe, könnte dieses besser abgerissen werden. Es könnte dann eine größere Kita dort entstehen, in der mindestens eine Gruppe mehr untergebracht werden könnte. **Herr Jahnke** hat für die Aussage von Herrn Hemken kein Verständnis. Er betont, er hätte nicht gesagt, dass er ein Kindergartengebäude, welches in die Jahre gekommen seien, mittelfristig nicht durch einen Neubau ersetzen möchte. Man sollte - aufgrund der fehlenden 100 Kita-Plätze - aber zurzeit keinen Bestandskindergarten abreißen und durch einen neuen ersetzen, Es sei z. B. nicht sinnvoll, in Petkum aus zwei Gruppen vier zu machen, wenn eigentlich der größte Bedarf im Stadtteil Borssum läge. Im Übrigen sei er der Auffassung, dass man – bevor man über Petkum nachdenke – sich einmal das Dorfgemeinschaftshaus in Wybelsum anschauen sollte. Da komme man baulicherseits zu ganz anderen Ergebnissen. Er möchte damit sagen: Es gäbe durchaus auch andere Bedarfe, wobei er nicht in Abrede stellen möchte, dass Rat und Verwaltung mittelfristig auch für Petkum eine Lösung finden müsse.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

**Herr Jakobs** nimmt Bezug auf Seite 46 der Präsentation („Sonstige Infrastruktur und Arbeitsgeräte“). Er weist darauf hin, dass die Investitionen für die beiden größeren Geräte bereits in der Finanzplanung des letzten Jahres enthalten gewesen seien. Es handele sich um die Beschaffung eines LKWs mit Kran (220.000 €), einen Streuautomaten für den Winterdienst (165.000 €), einen Traktor mit Mäher (250.000 €) und eine Siloanlage (200.000 €). Diese Beträge seien bereits alle in der Finanzplanung enthalten gewesen. Sie seien nicht ausgeweitet, sondern fortgeschrieben worden. **Herr Jahnke** ergänzt, diese würden im Rahmen der Haushaltsberatungen auch noch einmal gesondert vorgestellt.

**Herr Verlee** fragt, ob alle bisher nicht umgesetzten Investitionen, die in den Vorjahren im Haushalt aufgeführt gewesen seien, mitberücksichtigt worden seien. **Herr Jahnke** antwortet, für die Trogstrecke seien bisher 300.000 € zusätzlich aufgenommen worden. Ob dieser Betrag ausreiche, sei abzuwarten. Hier könne der Stadt Emden noch eine Teuerung drohen.

Da man noch Investitionsansätze aus der vergangenen Zeit „vor sich herschiebe“, habe man weiterhin die Möglichkeit, diese Investitionen sukzessive umzusetzen. Es handele sich um durch die Kommunalaufsicht genehmigte Kreditermächtigungen. Der Handlungsspielraum sei durch diesen Umstand glücklicherweise noch enorm.

**Herr Renken** meint, die Kreditermächtigungen lägen vor. Die Projekte seien auch im Haushalt beschlossen worden. Wenn allerdings die Kosten um 20 % steigen würden, werde man mit Sicherheit darüber nachdenken, ob man diese zusätzlichen Kosten über über- und außerplanmäßige Ausgaben decken möchte. **Herr Jahnke** pflichtet dem bei. Er beklagt, Privatleute, die noch halbwegs zum Mittelstand gehören, könnten sich doch gar kein Haus mehr leisten. Für diese Menschen seien 550.000 € oder 600.000 € - für ein einfaches Haus inklusive Grundstück - gar nicht mehr darstellbar.

Im Übrigen hätte er sich massiv an Internet-Fotos gestört, die darstellen sollten, in welchem dramatisch schlechten Zustand die Emdener Schulen seien. Über die Ansage, jetzt müsste endlich etwas getan werden, hätte er sich maßlos geärgert. Deswegen hätte er seine Kollegen des Gebäudemanagements um eine Übersicht gebeten, was in den Jahren 2005 bis heute in die Schulen investiert worden sei. Er erinnert daran, dass Herr Kruthoff sich in der gestrigen Ratssitzung hierzu schon klar geäußert hätte und weist darauf hin, dass in dem o. g. Zeitraum 75 Mio. € (ohne Ausstattung) in die Schulen investiert worden sei. Die Ausstattung sei aus dem Kernhaushalt finanziert worden. Diese müsste sogar noch zu den 75 Mio. € hinzugerechnet werden. Er stellt klar, dass pro Jahr über 4 Mio. € in die Schulen investiert worden seien.

**Herr Martens** meint, unbestritten sei Geld in die Schulen geflossen in den letzten Jahren, aber andererseits hätte die Schulen auch noch ein heftiges Defizit. Ob es an den Finanzen selber läge, sei dahingestellt. Auf jeden Fall hätte sich dort ein Sanierungsstau gebildet, der nicht mehr überschaubar sei und der überprüft werden sollte. Und wenn die Verwaltung sich angesprochen fühle, sollten die kritisierten Schulen einmal besichtigt werden. **Herr Renken** erwidert, es seien in der Vergangenheit bereits des Öfteren Schulen aufgesucht worden, um sich von den Schäden ein Bild zu machen. Man wüsste, dass dies eine große Herausforderung sei, die man nicht in ein oder zwei Jahren bewältigen könne. Er schlägt vor, dies in den Haushaltsberatungen näher zu untersuchen.

**Frau Winter** bedankt sich für die Klarstellung bezüglich der Schulen. Ihres Erachtens wäre es für die Haushaltsberatungen sehr interessant, die Aufstellung bezüglich der Kitas und der Schulausstattungen noch einmal ergänzend von Herrn Jahnke zu erhalten. Es sei erfreulich, dass die Stadt Emden im Jahre 2022 wieder etwas Glück gehabt hätte aufgrund der Entwicklung beim Hauptsteuerzahler und der Energiewirtschaft. Sie freue sich, dass die Verwaltung auch immer konservativ geplant habe. Wie man gesehen habe, „rutsche man für die Jahre 2024 natürlich wieder rapide ins Minus“. Man dürfe sich hier nichts vormachen. Der Rat hinterlasse den nachfolgenden Generationen damit „kein Päckchen, sondern ein dickes Paket“. Das Investitionsprogramm werde intensiv noch einmal in der Fraktion beraten, wenn man die Präsentation vorliegen habe.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Der Vorteil sei, dass man die Investitionen der letzten zwei Jahre noch vor sich herschieben werde. Es sei auch bereits diskutiert worden, inwieweit die diesjährigen Investitionen aufgrund der gesteigerten Baukosten noch umgesetzt werden könnten. Die SPD-Fraktion hätte bereits mit Herrn Jahnke einen Termin ausgemacht, um schon mal den ersten Aufschlag für den Haushalt in der Fraktion vorgestellt zu bekommen. Es sei auch bereits für November 2022 die Haushaltsklausur terminiert worden.

**Herr Bolinius** meint, negative Meldungen, die bezüglich der Schulen herausgingen, würden natürlich sehr schnell verbreitet. Diejenigen, die die negativen Meldungen „in die Welt setzten“, sollten sich einmal überlegen, was sie sagten. Es sei sehr viel geschafft worden in den letzten Jahren, aber man hätte auch noch einiges vor sich. Die Investitionen würden nach und nach abgearbeitet. Große Einsparungsmöglichkeiten sehe er nicht. Er wüsste daher nicht, ob die Haushaltskonsolidierungsgruppe noch wieder installiert werden sollte. Auf jeden Fall werde die FDP-Fraktion sich mit dem Kämmerer und dem FD-Leiter Finanzen und Abgaben, Herrn Jakobs, wieder terminlich zu einer Klausur abstimmen, um dort sämtliche Einzelheiten besprechen zu können. Ob man die Gewerbesteuern des VW-Werkes erreichen könne, sei dahingestellt. Man könne nur hoffen, dass die Gewerbesteuern weiter steigen werden und das das VW-Werk wieder mehr Gewinne mache, so dass die Stadt Emden auf höhere Steuern komme.

**Herr Renken** bedankt sich abschließend im Namen des Ausschusses für die Vorstellung des Budgetentwurfes. Dieser werde anschließend an die Fraktionen verwiesen. Er erwarte faire, aber in der einen oder anderen Sache auch kontroverse Diskussionen (sowohl in den Fraktionen und Gruppen, wie auch im Rat). Er gehe davon aus, dass der Rat sich zu einem bestimmten Zeitpunkt auch interfraktionell hierzu abstimmen werde.

**Ergebnis:** Verweisung an die Fraktionen

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

TOP 7 Anfragen

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.